
Buchbesprechungen

Erhard Eppler, Die Wiederkehr der Politik, Insel Verlag, Frankfurt a. M./Leipzig 1998, 311 S., 39,80 DM

Jahrzehntelang hat Erhard Eppler Praxis und Politik der SPD mitgeprägt. Seit 1991 hat er der praktischen Politik den Rücken gekehrt, aber nicht Abschied von der Politik genommen. Öffentlich zu Wort meldet er sich über Vorträge und Veröffentlichungen, die geprägt sind von den Erfahrungen seines Politikerlebens. Offenbar war es die öffentliche Geringschätzung für die Politik der letzten Jahre und die Idealisierung von nicht realisierten Alternativen, die ihn verleitet haben mag, für die „Wiederkehr der Politik“ zu plädieren, obwohl sie nie verschwunden war. Das Prädikat „Politik“ reserviert er nur noch für das wertende Streiten und konzeptionell bewusste Agieren der politischen Subjekte. Was dahinter zurückbleibt, im Angelsächsischen begriffen als „politics“, meint den „täglichen Vollzug, ein Gerangel um den kleinen Vorteil, die mehr oder minder eitlen Darbietungen für den Fernsehschirm“. In der deutschen politischen Kultur macht eine solche Unterscheidung allerdings wenig Sinn, zumal bei Eppler die Unterscheidung zwischen Politik und dem Rest des Politischen leicht das Geschmäckle der Besserwisserei gewinnt. Denn selbst die eitle Inszenierung des Aussitzens von Problemen war und ist Politik. Auch die neoliberale Heiligensprechung des Marktes, dem sich Regierungskunst viel zu lange gefügt hat, war und ist Politik. Wer trotzdem von der „Wiederkehr der Politik“ redet, leistet dem Geschwätz vom „Ende der Politik“ womöglich noch Vorschub und entwertet mit diesem Paradigma völlig unnötig die Brillanz seiner Kritik unzureichender Politik und seine Voten für eine bessere.

Eppler beansprucht nicht, über den Graben zwischen Theorie und Praxis eine Brücke zu bauen, „aber einen Balken möchte ich über den Graben legen“, schreibt er im Vorwort, „stabil genug, Mutige zu tragen, die etwas mehr von der anderen Seite sehen wollen, weil sie begriffen oder erfahren haben: Ohne Politik geht es nicht.“ Die Nachweise dazu werden erbracht. Balkenleger Erhard Eppler setzt sich mit Zugängen zur Politik auseinander, wie sie Carl Schmitt, Karl Popper, Hannah Arendt und Max Weber eröffnen. Er überprüft, was deren Theorien für eine aktuelle Skizze zum Raum des Politischen bedeuten. Dabei wird das Spannungsfeld sichtbar, zwischen dem, was Politik ist und dem, was heute Politik sein könnte. Scharfsinnig arbeitet Eppler heraus, dass der Markt die Politik und das damit verbundene Entscheiden für das moralisch Wünschenswerte oder Gebotene nicht ersetzen kann. Kohl, Kinkel und Waigel haben das wohl nicht wahrhaben wollen und inzwischen die lange verdiente Gelegenheit, über diesen Zusammenhang auf den Oppositionsbänken nachzudenken. Der Staat muss mehr sein als „Dienstleistungsunternehmen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums“. Mit dieser Botschaft war Erhard Eppler schon in den zwei Jahrzehnten vor der Bundestagswahl 1998 einsamer Rufer in der Wüste. Seine Botschaften, noch vor dem Regierungswechsel geschrieben, haben inzwischen einen politisch-praktischen Resonanzboden. Politik, wie sie Erhard Eppler versteht, vollzieht sich „im Spannungsfeld zwischen Entwurf und Wirklichkeit, zwischen langfristigem Ziel und aktueller Problemlösung, zwischen Grundsatzprogramm und Durch-

wursteln. Dass Politik meist in kleinen Schritten geschieht, widerspricht dem nicht. Es kommt nicht auf die Größe der Schritte an, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung. In gewissem Sinne ist jede Politik pragmatisch. Aber Politik bleibt sie nur, wenn deutlich bleibt, ja durch die kleinen Schritte erkennbar wird, worauf die Handelnden hinauswollen.“ Solide sozialdemokratische Politik, hätte er besser sagen sollen, denn die hat er damit beschrieben. Eppler plädiert dafür, eine solche Politik wieder in ihr Recht zu setzen. Sie hat zu werten und zu entscheiden. Dabei geht es zum einen um die klassische Bändigung der Gewalt, um den gemeinnützigen Rahmen der Gesellschaft und um die Orientierung der tagespolitischen Entscheidungen an dem Kriterium der durchhaltbaren, zukunftsfähigen Entwicklung. Für eine Politik, die mehr sein will als Stückwerk und Sonntagsreden, erkennt Eppler hoffnungsvolle Zeichen: „Sie reichen von den philosophischen und theologischen Grundlagen über den Aufbau einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft bis hin zur Neudefinition politischer Kategorien“. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Kommunitarismus, an das gemeinsame Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ und an das nicht nachlassende Engagement der Menschen in sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen. Epplers Argumente zur Notwendigkeit einer Antwort globalisierter Politik auf eine globalisierte Wirtschaft, für Ökosteuern und Finanzreformen haben zwischenzeitlich Eingang in die tagespolitischen Debatten und Entscheidungen gefunden. Auch in den Zeiten nach Oskar Lafontaine könnte es dabei bleiben. Im Diskursrahmen des „Bündnis für Arbeit“ wird nun tatsächlich versucht, „Gruppen und Interessen so zusammenzuführen, dass sie sich auf ein gemeinwohlförderndes Handeln verständigen“. Nicht zuletzt vom Erfolg dieser Bemühungen wird es abhängen, ob nach dem Regierungswechsel eine Politik im Epplerschen Sinne „wiederkehrt“ oder schnell zu einer bloßen Variante dessen wird, was Erhard Eppler als Politik gar nicht mehr gelten lassen will.

*Hans-Joachim Schabedoth,
Frankfurt/M.*

André Gorz, Arbeit zwischen Misere und Utopie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2000, 208 Seiten, 32 DM.

Bereits 1982 verkündete kein Geringerer als Ralf Dahrendorf das unwiderrufliche Ende der Arbeitsgesellschaft. Zwar hat sie bis heute - mehr schlecht als recht - überlebt, doch spitzt sich die zu beobachtende sozioökonomische Krise im Gefolge von Globalisierung und Massenarbeitslosigkeit immer mehr zu. Ein weltweiter Überschuss an spottbilliger Arbeit sowie forcierte Rationalisierung von Arbeit machen der hiesigen Arbeitskraft den Garaus. Unterdessen ist von einem erfolgreichen Kapitalismus ohne Arbeit die Rede; Wirtschaftswachstum und „jobless growth“ gehen Hand in Hand. Der geöffnete Weltmarkt lässt indes nur denjenigen gewinnen, der sich die günstigsten Bedingungen schafft; ein sich verschärfender Konflikt zwischen Kapitalinteressen und Staat ist die Folge. Es ist die perfekte Erpressungssituation: Wenn der Staat Wirtschaftshandeln erschwert, geht das Kapital ins Ausland, und wer nicht mehr gebraucht wird, verliert seinen Job.

Die Rezepte der politischen Krisenmanager reichen von Kombilohn über Massen-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis hin zur Einrichtung von Billigjobs. Eine so genannte aktivierende Arbeitsmarktpolitik soll dem Bürger zudem mehr Chancen statt Geld bieten: Die Parolen lauten: „Arbeit für alle“ und „Jede Arbeit ist besser als keine!“ In seinem sozialkritischen Essay „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ wendet sich der bekannte Sozialphilosoph André Gorz gegen eine stets nur von der Krise hergeleitete Politik und betrachtet den Zustand der heutigen Gesellschaft aus einer eher ungewöhnlichen Perspektive. Er fordert den Einzelnen und die Gesellschaft auf, den Mut aufzubringen, den „Exodus aus der Arbeitsgesellschaft“ zu wagen; der Bruch mit einem System, das die Arbeit massenweise abschafft, müsse vollzogen werden. So führe die Krise vor allem zu einem Nachdenken über eine mögliche Neuordnung von Arbeit und Gesellschaft. Aber: Wie sieht eine alternative Gesellschaft aus, in der die Menschen immer weniger einer bezahlten, betrieblichen, regulierten und vertraglichen Erwerbsarbeit nachgehen?

Gorz, einst Weggefährte von Sartre, verschafft dem außer Kurs gekommenen wissenschaftlichen Sozialismus eine Renaissance. Zwar könne heute kaum mehr von einer „Verelendung des Proletariats“ im Sinne von Marx gesprochen werden, doch sei an die Stelle des ökonomischen ein humaner Tiefpunkt getreten, der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital sei nach wie vor virulent. Mit dem Wechsel von der „fordistischen Produktionsweise“ (Taylorismus) zur „postfordistischen Unternehmenskultur“ (Toyotasystem) habe sich ein Wandel weniger in der Arbeit als vielmehr in der Lohnbeziehung vollzogen. Dabei werde ungeschützte, nichtgarantierte Arbeit in rechtlich, materiell und sozial ausgehöhlten Verhältnissen (Werkvertragsarbeit) zur Regel. Die Metamorphose von Arbeitnehmern zu „Arbeiter-Unternehmern“ sei bereits im vollen Gange, mit der Folge, dass der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital aus dem Betrieb entfernt und zum privaten Problem der Arbeiter-Unternehmer umdeklariert wird. Der Preis für Arbeit wird dann nicht mehr tariflich vereinbart, sondern marktkonform und frei verhandelt.

Doch das ist nur die eine Seite. Hinzu komme, so Gorz, dass Arbeit in einem politisch und soziologisch korrekten Diskurs als Summum Bonum ideologisiert werde. Zugleich fordert die Effizienzmaxime des Kapitals aber, das Wenige an notwendiger Arbeit auf wenige zu konzentrieren - mit der paradoxen Folge der Arbeitslosigkeit. Je weniger Arbeit es gibt, umso mehr tendiert die individuelle Arbeitszeit des Einzelnen dazu, länger zu werden. Dass diese Logik vor allem der „Herrschaftsstrategie des Kapitals“ diene und zu einem Konkurrenzkampf aller gegen alle um immer knapper werdende Arbeitsplätze führe, liege auf der Hand. Angesichts dieser konzeptionellen Natur der Krise plädiert Gorz ebenso energisch wie pathetisch dafür, den Zerfall der Arbeitsgesellschaft zu akzeptieren, anstatt so zu tun, als gäbe es eine Chance, Arbeit für alle zu realisieren. Die gesellschaftliche Wirklichkeit könne nicht mehr nur in Kategorien von Erwerbsarbeit erfasst werden, soziale wie persönliche Identität müsse sich auch jenseits einer „entlohnten Arbeit an einem festen Arbeitsplatz“ entwickeln können.

Das Zauberwort bei Gorz heißt „Multiaktivitätsgesellschaft“. In deren Umsetzung sieht er die nicht realisierten Chancen, die sich in der Misere der aktuellen politischen Debatte widerspiegeln.

Ein „Komplex spezifischer Politiken“, sozialinnovative Organisationen wie z. B. kollektive Tausch- und Kooperationsringe, sollen die Weichen für eine multiaktive Gesellschaft stellen. Ziel des „groß angelegten gesellschaftlichen Experiments“ sei jedoch nicht, ein Leben ohne Arbeit zu ermöglichen, sondern die Arbeit vom Lohnsystem zu entkoppeln und in Selbsttätigkeit aufzuheben. Schließlich befähige eine neue Verteilung und Teilung der Arbeit mit dem „Recht auf eigene Produktivmittel“ sowie einem „garantierten Grundeinkommen“ die Menschen dazu, die Abhängigkeit von Kapital und Arbeit zu durchbrechen und eine Ethik ohne Erwerb zu kreieren. Ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung alternativer Einkommensquellen kann freitlich auch Gorz nicht liefern.

Am Ende des Buches scheint vor allem eines klar: Eine künftige Gesellschaft lässt sich immer weniger über Arbeit definieren und regulieren. Gorz liefert zwar radikale und phantasievolle Gedanken zur Frage einer generellen Neuorientierung, er weiß aber auch, dass dieser Wandel einer Politik bedarf, die einen „gesellschaftlichen Raum für neue Solidantäts- und Lebensformen“ erlaubt. Ob dies erfolgen wird, bleibt offen. Gleichwohl schafft das Buch - und darin liegt seine Stärke - eine Sensibilität und ein Forum dafür, wie man über die Zukunft der Arbeit(sgesellschaft) nachdenken könnte - und welche wünschenswert wäre. Vielleicht eine Zukunft in der Lesart der Blochschen Kategorie des „objektiv-real Möglichen“, der konkreten Utopie einer besseren, guten und menschlichen Gesellschaft.

*Günther Frieß,
Riegelsberg*

Bernd Karolat, Projektbericht - Neue Arbeitsmarktpolitik, hrsg. vom DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Schriftenreihe Gesellschaftspolitik, Mainz 1999.

Als „Wissenschaft für die Praxis“ kann man die von Karolat vorgelegte Berichterstattung zur Implementation einer innovativen Arbeitsmarktpolitik einer breiten Leserschaft empfehlen.

Der Autor berichtet aus einem konkreten Arbeitsprojekt zur Stärkung der gewerkschaftlichen

Akteure in der durch die gesetzlichen Neuregelungen für Innovationen geöffneten Arbeitsmarktpolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei der Aufbau von Kommunikationsstrukturen zwischen den Sozialpartnern und der Arbeitsverwaltung und die Gestaltung von Arbeitsmarkt-Projekten.

Es werden nicht nur einzelne Schritte der Entwicklung von Informations- und Weiterbildungskonzepten mit ihren inhaltlichen und methodischen Zielsetzungen präsentiert und als gut nutzbare „Ideenlieferanten“ und Materialien für die Arbeit in anderen Gewerkschaftsprojekten verfügbar gemacht.

Vielmehr bieten die dokumentierten Expertenberichte, wissenschaftlichen Referate und politischen Stellungnahmen der Akteure in der Arbeitsmarktpolitik interessante Informationen über Chancen, aber auch Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer innovativen Arbeitsmarktpolitik in ganz konkreten Beschäftigungsfeldern bzw. Arbeitslosigkeitsregionen.

Wissenschaftliches Stichwort und praktische Aufgabe lauten: regionale Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschafts- und Strukturpolitik. In diesem Zusammenhang kann Karolat praktische Arbeitserfahrungen mit wissenschaftlichen Forschungsansätzen und Ergebnissen zur Entwicklung einer regional wirksamen und lebenslagenorientierten Arbeitsmarktpolitik anschaulich verbinden. Dieses Nutzbarmachen einer komplexen theoretischen Diskussion um die Perspektiven von Arbeit und sozialer Integration auch mit Hilfe von Arbeitsmarktpolitik in regionalen Lebenswelten stellt eine wichtige und hilfreiche Verklammerung zwischen Theorie und Praxis sozialstaatlich ausgerichteter Politik dar. Sie kann Akteuren „vor Ort“ helfen, den sozialen Ausgrenzungsprozessen in Folge verfestigter Arbeitslosigkeit mit neuen Gestaltungsansätzen entgegen zu wirken.

*Klaus-Bernhard Roy,
Magdeburg*

Hermann Schwengel, Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft, Aufbau-Verlag, Berlin 1999, 360 S., 39,90 DM.

Die Globalisierung gehört seit fast einem Jahrzehnt zu den wichtigsten gesellschaftspoliti-

schen Themen. Das Buch von Hermann Schwengel verdient besondere Beachtung, weil es die Grundzüge der wissenschaftlichen und politischen Globalisierungsdiskussionen konzipiell zusammenfasst und einen gesellschaftspolitischen Entwurf vorlegt, der die politischen Gestaltungschancen der Globalisierung entwickelt.

Schwengels Diagnose lautet: Globalisierung ist etwas historisch Neues, Globalisierung ist nicht nur die Fortsetzung der Modernisierung der Nachkriegszeit auf weltweitem Niveau. Dafür gibt es drei Gründe: Die universalen politischen Prinzipien der Modernisierung in den OECD-Staaten, gesteuerte Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie, Konsumgesellschaft, Pluralismus und Menschenrechte sind nicht zu den weltweit akzeptierten Leitbildern einer Weltgesellschaft geworden, sondern in den demokratischen Industriegesellschaften selbst unter Druck geraten. Zweitens waren die Mittel der Modernisierung, namentlich berufliche, geografische und soziale Mobilisierung, Differenzierung der Gesellschaft in ökonomische, politische, kulturelle und soziale Funktionssysteme, Steigerung der allgemeinen Partizipationsbereitschaft und -fähigkeit und Individualisierung der sozialen Konflikte und ihrer Austragung, historisch auf den schützenden Schirm ganz bestimmter Arbeits- und reifer Industriegesellschaften angewiesen. Ohne diesen können sie nicht auf eine globale kosmopolitische Bürgergesellschaft hochgerechnet werden. Und schließlich ist eine Bürgergesellschaft, die die Systemopposition in den führenden westlichen Gesellschaften ebenso nach und nach in ihren Bann zog, ebenso wenig entstanden wie ein transnationales Bürgertum, das ökonomische und politische Interessen, gesteigerte kulturgeografische Reichweite mit aktiver Lehr- und Lernbereitschaft, Gleichheit und Vitalität verbinden könnte.

Diese Diagnose scheint denjenigen Auffassungen recht zu geben, die unermüdlich die Errungenschaften des rheinischen Kapitalismus infrage stellen. Zu widersprechen scheint die Diagnose hingegen all jenen, die den globalen Kapitalismus mithilfe der bewährten Instrumente des Wohlfahrtsstaates und der klassischen Bündnisse zivilisieren wollen. Aber der Schein trügt, die Diagnose fügt sich nicht der tagesaktuellen Unterscheidung von „rechts“ und „links“. Die entscheidende Frage lautet, ob

Politik nach dem Prinzip behutsamer und kontinuierlicher Weiterentwicklung ihrer Grundlagen fortgeführt werden kann oder ob notwendig ist, was Jürgen Habermas vor mehr als zwanzig Jahren „Rekonstruktion“ genannt hat: „dass man eine Theorie auseinander nimmt und in neuer Form wieder zusammensetzt, um das Ziel, das sich sich gesetzt hat, besser zu erreichen“.

Das Buch Schwengels lässt keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer Rekonstruktion des Politischen. Leitvorstellungen, Begriffe und Funktionsbedingungen von Politik müssen im Lichte der Globalisierung überarbeitet werden, um „Europa zu europäisieren“. Es geht um nichts weniger als die Rückbesinnung der politischen Klasse auf ihre politische Urteils- und Tatkraft. Dabei nutzt der Autor wissenschaftliche und politische Erfahrungen aus den USA: mit ihnen gewinnen die Möglichkeiten einer politischen Gestaltung Europas an Schärfe und Kontur.

Die Europäisierung Europas als verfassungsbildender Prozess erfordert, das Augenmerk auf „konstitutionalistische Prozesse“ zu richten. Es gibt deren drei. Die Tatsache, dass die Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränität verloren haben, regt das Nachdenken über die Neuordnung der Gewaltenteilung an. Zwar sind die Zeiten vorüber, als die Lösung in der Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ gesehen wurde, und ebenso wenig wahrscheinlich (und wünschenswert) erscheint ein europäischer Superstaat, aber gefragt ist ein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Modell, das auf die durch die Europäische Währungsunion geschaffenen Optionen und Zwänge antwortet und das nach innen verschiedene Loyalitäten und Solidaritäten erlaubt, um nach außen verschiedene Modernitätspfade zu eröffnen. Der Autor hält deshalb den Übergang der europäischen Nationalstaaten in eine Erste Union globaler Staaten für geboten. In einem Europa „globaler Staaten“ kommt es auf die spezifische Verknüpfung der inneren Regionalisierung mit der äußeren der Weltgesellschaft an, auf die Verbindung des geökonomischen Prozesses der Regionalisierung mit geopolitischen hegemonialen Konflikten“ und darauf, welche „Märkte für Protektion und Ordnung“ entstehen.

Im zweiten konstitutionalistischen Prozess ist die europäische Frage eng mit der nach der Zu-

kunft der Arbeit verknüpft. Wenn die Verantwortung zwischen Städten, Regionen und Ländern neu verteilt wird, dürfen Problem- wie Innovationszonen des Arbeitsmarktes weder der individualistischen Konkurrenz ausgeliefert noch dem Lauf der alten wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme allein überlassen bleiben. Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft liegt nicht im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, sondern in der Entstehung einer informationsindustriellen Produktionsweise. Informationstechnologie und Rationalisierung des Wissens dringen in die Tiefenstruktur industrieller Produktion ein, und umgekehrt durchdringen industrielle Prinzipien die Erzeugung, Verbreitung und Verdichtung des Wissens. Der Zusammenhang von Arbeit, Wissen und Lebensführung ist zentral.

Von neuer Qualität ist schließlich der Einfluss der Klassen- und Schichtenzugehörigkeit auf die Lebensformen der Individuen. Er hat abgenommen, und dies wirft die Frage nach der Zukunft der Solidarität auf. Bildungsstatus, berufliche und gesellschaftliche Konstitution müssen unter neuen Konkurrenzbedingungen definiert werden. Ein globaler Massenindividualismus fordert europäische Korporatismen heraus, zerstört alte Gemeinschaftsvorstellungen, er ermöglicht aber auch neue Formen der Lebensführung. Es spricht wenig für die These, dass diese sich in neue hoch qualifizierte Dienstleistungsschichten und Träger einer zukünftigen globalen Bürgergesellschaft einerseits, und zum Fundamentalismus neigende Verlierer und Marginalisierte andererseits werden sortieren lassen. Wahrscheinlicher ist, dass mit der Abschwächung der klassen- und schichtenspezifischen Prägung der Identitätsbildung neue Eliten und Elitenkonflikte an Bedeutung gewinnen werden.

Die Erste Union globaler Staaten, die informationsindustrielle Arbeitsgesellschaft und neue Lebensformen repräsentierende Macht- und Werteliten, diese konstitutionalistischen Prozesse können zu Säulen eines europäischen Verfassungsbildungsprozesses werden. Es gilt ein politisches Vakuum zu füllen, das die „Methode Monnet“ (Claus Koch) hinterlassen hat. Noch hat die konservativ geführte Verfassungsdiskussion einen engen Kreis von Experten nicht verlassen. Es fehlt der Brückenschlag zur einer sozialen Bewegung, die ein solches Projekt tragen könnte. Dies ist eine Chance für die Linke.

Die konstitutionalistischen Prozesse sind Ausdruck unterschiedlicher wirtschaftlicher, politischer und kultureller Triebkräfte, die sich aus im weitesten Sinne konservativen wie sozialdemokratischen Ideen und Interessen speisen. Konservative Politiker heben die Selbstorganisation der Gesellschaft gegenüber staatlichen Arrangements hervor - so sind es vor allem christdemokratisch regierte Länder, die eine Neuordnung des Länder-Finanzausgleiches und damit eine größere Autonomie der Länder gegenüber dem Bund anstreben. Sozialdemokraten heben mehrheitlich die Steuerungsfähigkeit der Politik hervor, exemplarisch den nationalen Ausgleich durch bundesstaatliche Umverteilung. Sie präferieren die Idee sozialer Gerechtigkeit gegenüber dem Wettbewerb, wie viele kritische Stellungnahmen zum „Schröder/Blair-Papier“ zeigen, während derselbe Text auf Grund seiner Offenheit gegenüber dem Wettbewerbsregulativ ostentativ von Vertretern neoliberaler Politik begrüßt wird. Letztere wiederum stellen die Rolle von Führungseliten in den Vordergrund, der des aktiven Unternehmers oder der des global operierenden Managers, um Wohlstand und Fortschritt für alle zu sichern. Die Linke hat immer auf eine „Wertelite“ gesetzt, d.h. auf kritische Intellektuelle und/oder charismatische politische Führer, die der Idee der Humanität und des Fortschritts Gestalt gegeben haben.

Relativierungen und Differenzierungen sind immer wichtiger geworden, um gegensätzliche politische Ideen und Interessenlagen exakt zu beschreiben. Es ist die wachsende Bedeutung solcher Gemengelage, die die Verfechter des „Dritten Weges“ veranlasst hat, die von konservativ-neoliberalen und sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatlichen Positionen vorgetragenen Argumente aufzunehmen. Hier setzen die auf die Formentheoretiker Hegel und Marx zurückgreifenden Überlegungen Schwengels ein: Man muss diesen Widersprüchen eine Form geben, in denen sie sich bewegen können. Deshalb heißt die Perspektive nicht Selbstorganisation oder Politik, sondern Verknüpfung beider in einer Union globaler Staaten; deshalb geht es auch nicht um Wettbewerb oder Gerechtigkeit, sondern um wettbewerbsfähige Gerechtigkeit als Form europäischer Ökonomie; und deshalb bilden auch Machteliten und Werteliten keinen unvermittelbaren Widerspruch, sondern es gilt ein Verfahren in Gang zu setzen, das Koordination, Verähnlichung und Konflikt ermöglicht.

Dafür gibt es viele Fallanalysen auf mehr als 140 Seiten des Buches. Aktuelle politische Fragen wie die Entwicklung von Sozialversicherungs-, von Vermögensbildungssystemen oder von modernen Unternehmensformen werden in einen Kontext gestellt, der überraschende Ausblicke auf neue Lösungswege gewährt.

Bereichert werden kann aber auch die Diskussion um die Strategieentwicklung von Parteien und Gewerkschaften. Die politische Linke hat bislang trotz der gewonnenen Bundestagswahl im September 1998 die existierende Machtlücke nicht schließen können. Die rot-grüne Regierung hat trotz einiger wichtiger sozial- und beschäftigungspolitischer Taten bislang kein überzeugend ausformuliertes Reformkonzept mittelfristiger Reichweite vorlegen können, das eine bündige Antwort auf die konstitutionalistischen Herausforderungen gibt. Den Gewerkschaften ist es bislang nicht gelungen, hinreichend attraktiv mit ihren Angeboten für die Beschäftigten des Dienstleistungssektors und in den neuen Berufen zu sein. Das überlässt den konservativen politischen Kräften Felder, die sie bislang noch nicht nutzen konnten. Es ist ein Wettlauf überzeugender Konzepte um die Zeit.

Diesen Wettlauf wird gewinnen, wer zweierlei schafft: in konzeptioneller Hinsicht müssen die konstitutionalisten Widersprüche kommunizieren werden können. Das kann eine Linke des „demokratisch-liberalen Progressivismus“ sein, die für Politik, Gerechtigkeit und Werteliten steht, das kann aber auch eine Konservatismus des „libertär-wertkonservativen Republikanismus“ sein, für den Selbstorganisation, Wettbewerb und Machteliten konstitutiv sind. In kommunikativer Hinsicht geht es um die Herstellung von Leitbildern, welche die Gefühle der Anhänger einer neuen Politik ansprechen sollen, um ihr Stabilität zu verleihen. Die vielzierte „Neue Mitte“ ist nicht die Antwort, sondern nur die Formulierung des Problems. In Europa können dies die regionale Diversität sein, grenzüberschreitende Solidarität und europäischer Charakter, wenn sie konzeptionell-sachlich gedeckt sind. Politik braucht sie beide, das Konzeptionell-Sachliche wie das Leitbildhaft-Emotionale.

*Klaus W. West,
Berlin*